A 5 Vorbildlicher Baumschutz - Ein Beitrag zur Klimaneutralität

Gremium: Stadtvorstand
Beschlussdatum: 14.11.2021

Antragstext

Die Grünen München setzen sich als Partei gemeinsam mit der Stadtratsfraktion und den Bezirksausschussfraktionen dafür ein, Baumschutz als übergeordnetes Anliegen wahrzunehmen, wenn die Landeshauptstadt oder ihre städtischen Tochtergesellschaften Bäume fällen.

Dabei soll es keine Rolle spielen, ob wegen Baumaßnahmen oder Baustellen Bäume gefällt werden müssen und ob die zu fällenden Bäume der Baumschutzverordnung unterliegen.

Wo die Stadt Bäume fällt, müssen diese verpflichtend und sowohl in Anzahl als auch insbesondere im Grünvolumen ersetzt werden.

Die Stadt pflanzt größtmögliche Bäume nach und sie pflanzt so viele Bäume nach, wie möglich. Wenn dies nach Baustellen- oder Baumaßnahmen-Rückbau vor Ort nicht möglich ist, gleicht die Stadt mit Ersatzpflanzungen an anderen Orten und mindestens unter Berücksichtigung des verlorenen Grünvolumens aus.

Unabhängig von der Baumschutzverordnung betrachtet die Stadt alle Bäume auf öffentlichem Grund als ersatzpflanzungswürdig.

Begründung

München hat den Klimanotstand ausgerufen und will bis 2035 klimaneutral sein. Aktuell verliert die Stadt insgesamt jährlich ca. 2.000 Bäume, trotz positiver Baumbilanz im öffentlichen Raum. Das liegt mit wenigen Ausnahmen daran, dass die Verpflichtung zu Ersatzpflanzungen gefällter Bäume auf Privatgrund auf Grund personeller Ressourcen nicht in Gänze eingefordert und kontrolliert werden kann.

Anders ist das auf städtischem Gelände, auf öffentlichem Grund. Hier muss die Stadt mit bestmöglichem Beispiel vorangehen und noch mehr tun, als sie müsste.

Jede Baustelle, auf der Bäume gefällt werden müssen, muss in der Planung daraufhin geprüft werden, ob

nach Rückbau mehr Platz für Bäume geschaffen werden kann.

Bei Baumaßnahmen wird bereits bei Planungsbeginn erhöht Wert darauf gelegt, Baumfällungen zu vermeiden. Verkehrsumleitungen müssen auch bei höheren Kosten gegenüber Baumfällungen bevorzugt werden, so sie möglich sind.

Der Klimaschaden ist am Ende teurer, als einmalig höhere Kosten für die temporäre Verlegung von Fahrbahnen oder ÖPNV-Haltestellen. Dieser Abwägung hat sich die Stadt mit der Ausrufung des Klimanotstands verpflichtet. Der Druck auf die betreffenden Referate muss erhöht werden, um den Baumverlust zu bremsen und als Landeshauptstadt München vorbildlich zu agieren.

Antragsteller*innen:
Stadtvorstand, Mona Fuchs, Anna Hanusch, Julia Post, Christian Smolka, Florian Schönemann, Angelika Pilz-Strasser, Bille Stöhr (Stadträt*innen)